

Trend verpasst



Lisa Boekhoff
über die Arbeitsmarktzahlen

Da ist sie wieder, die rote Laterne für Bremen. Eigentlich gibt es ziemlich gute Nachrichten: Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist seit 24 Jahren nicht so niedrig gewesen wie in diesem Juni. Auch in Bremen sank sie im Vergleich zum Mai. Hurra! Doch als einziges Bundesland hat Bremen einen Zuwachs der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieser Vergleich ist aber der wirklich aussagekräftige, wichtige, weil er saisonale Schwankungen ausradert.

Die Zahl klingt zunächst harmlos – 262 Arbeitslose mehr als 2014. Beunruhigend ist, dass der Vergleich mit dem Vorjahr in Bremen schon seit dem Januar permanent schlecht ausfällt: Im April und Mai fielen die Schwankungen zuletzt mit über 500 Arbeitslosen mehr noch größer aus als im Juni. Vor allem aber belegt Bremen in dieser Rechnung nicht nur den letzten Platz, sondern entwickelt sich auch gegen den Trend anderer Bundesländer. Auf seinen Sonderstatus kann der Stadtstaat sich dabei nicht ausruhen. Die rot-grüne Koalition muss hier einen Schwerpunkt ihrer Arbeit setzen und entgegenwirken. Denn die Kosten, die die hohe Arbeitslosenquote mit sich bringt, kann sich das Land überhaupt nicht leisten.

Bericht Seite 1
lisa.boekhoff@weser-kurier.de



© KLAUS STUTTMANN

Europäische Solidarität ...

Gegensteuern



Hans-Ulrich Brandt
über Rechtsextremismus

Auf dem rechten Auge ziemlich blind zu sein, diesen Vorwurf mussten sich Deutschlands Verfassungsschützer in den vergangenen Jahren regelmäßig vorwerfen lassen, lagen doch die Schwerpunkte ihrer Jahresberichte bei islamistischem Terrorismus und linksextremistischen Straf- und Gewalttaten. Rechter Terror rangierte hingegen meist unter ferner liefen. Jahr für Jahr wurden sinkende Zahlen gemeldet – nachzulesen noch im Verfassungsschutzbericht 2013.

Wenn daher jetzt Innenminister Thomas de Maizière trotz der sicherlich besorgniserregenden Ausdehnung des Machtbereichs der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) zu allererst auf die erschreckende Zunahme der Zahl der Anschläge auf Flüchtlingsheime hinweist, ist das so bemerkenswert wie notwendig. Die aktuelle Entwicklung – 150 Fälle bereits in diesem Jahr – zeigt, wie gefährlich die Lage ist. Und die mit den wachsenden Flüchtlingszahlen einhergehende, leider immer aufgeheiztere öffentliche Debatte über ihre Verteilung, Aufnahme und Unterbringung lässt weiterhin Schlimmes befürchten. Hier ist konsequentes Gegensteuern gefragt, von Politik und Gesellschaft.

Bericht Seite 4
hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de

Zwischen Barbarei und Weltkulturerbe



Hendrik Werner
über Aufgaben der Unesco

Wenn sich in dieser und der nächsten Woche gut 1000 Unesco-Abgesandte in Bonn über bewahrenswerte Architektur und schützenswerte Natur beraten, steht nicht nur die Detailfrage auf der Tagesordnung, ob Hamburgs Kontorhausviertel und Speicherstadt sowie Naumburgs Dom (samt ihm umgebender Landschaft) weltweit nobilitiert werden. Schließlich verfügt Deutschland bereits über 39 Welterbestätten – dazu zählen bekanntlich das Wattenmeer sowie das schmucke Bremer Rathaus und der wackere Roland.

Doch deutlich drängender als alle lokalpatriotischen Eitelkeiten und nationalen Partikularinteressen, die auf touristischem Prestigegeheimnisstreben gründen, sind in diesem Jahr weitere Aspekte der rituellen und bislang vor allem symbolisch dotierten Belobigungspolitik des Welterbekomitees. Stand in den vergangenen Jahren beim Treffen der Delegierten ein ums andere Mal die Frage im Mittelpunkt, ob die Auszeichnung womöglich inflationär vergeben werde, so geht es dieser Tage im Bonner World Conference Center in einer über-raschenden Zuspitzung der früheren Fragestellung darum, ob Europa überproportional von dieser Kür profitiere.

Der ebenso löbliche wie überfällige Versuch, die gängige Preiswürdigkeitspraxis und ihre Prämissen zu problematisieren, hat einen Grund, der – noch – außerhalb von Europa anzusiedeln ist: die massive Verheerung von Welterbestätten, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung derzeit vor allem mit dem Namen Palmyra verbindet. Seit die Terror-

miliz Islamischer Staat (IS) die antike syrische Oasenstadt erobert hat, grassiert die Sorge, die barbarische Signatur der Bewegung könnte zusehends Kulturstätten gelten. Im März hatten IS-Schergen bereits die irakische Stadt Al-Hadra und zentrale Kulturstätten in Mossul zerstört. Dieses Los droht jetzt der berühmten Welterbe-Stätte in Syrien. Dort haben Islamisten die Ruinen der Stadt vermint und Grabstätten gesprengt.

Zwar fand das Unesco-Komitee in Gestalt seiner Vorsitzenden, der deutschen Staatsministerin Maria Böhmer (CDU), zu Beginn der Tagung deutliche Worte, als es die Zerstörung von Welterbestätten durch den Islamischen Staat als Kriegsverbrechen brandmarkte. Auch

mehr nach Verzweiflung als nach Pragmatismus. Die immer noch anhängige Debatte um die Restitution nationalsozialistischer Beutekunst zeigt ebenso plastisch wie drastisch, wie kompliziert und zeitaufwendig es sein kann, geschehenes Unrecht zu revidieren. Dagegen vermag die jetzt verabschiedete „Erklärung zum Schutz von Kulturgütern in bewaffneten Konflikten“ wenig bis gar nichts, weil sie – eher früher als später – Gefahr läuft, zu einer bloßen Absichtserklärung zu gerinnen.

Andere Bekundungen der Delegierten machen etwas mehr Mut, weil sie das martialische Vorgehen der antizivilisatorischen IS-Raubritter nicht nur mit hehren Worten ächten, sondern die Verlaubarungspolitik des Papiertigers Unesco mit geballter Gegenschlagkraft unterlegen. So soll die jetzt in Bonn initiierte Kampagne „Unite4Heritage“ (Ver-eint euch für das Kulturerbe), die Koalitionen zum Schutz einmaliger Stätten und Kunstwerke zumal in Nahost anstrebt, der Barbarei zeitnah begegnen. Das Projekt sieht vor, rasch Bündnisse mit Regierungen, Streitkräften, Zollbehörden und Polizeibehörden in den Krisenregionen zu schließen, um die allfällige Zerstörung und den drohenden Exodus von Kulturgütern einzudämmen.

Wie leicht indes flammende Plädoyers für die Bewahrung kultureller Güter verpuffen können, wurde in Bonn deutlich, als es um einen anderen Islamisten-Tatort ging: das malische Timbuktu. Dort waren vor drei Jahren mehr als 200 000 wertvolle Manuskripte vor plündernden und brandschatzenden Extremisten gerettet worden. Doch die im Jahr 2013 von der Unesco vollmundig angekündigten Hilfsgelder stehen immer noch aus.

hendrik.werner@weser-kurier.de

Die im Jahr 2013 von der Unesco vollmundig angekündigten Hilfsgelder stehen immer noch aus.

war es fraglos geboten, den Antikenschmuggel aus der Krisenregion zu ächten und als Kriegsfinanzierungsmittel der Terroristen zu benennen. Doch präzise Antworten auf die Frage, wie der illegale Kulturgüterhandel künftig effizient zu bekämpfen sei, blieb die am Montag vorgetragene „Bonner Erklärung zum Welterbe“ weitgehend schuldig. Immerhin stellte die Komiteevorsitzende Böhmer für Deutschland ein neues Gesetz in Aussicht, mit dem die Einfuhr von Raubkunst besser kontrolliert werden könne. Zugleich klang ihr moralisch grundierter Appell an europäische und US-amerikanische Sammler, Auktionshäuser und Museen, sich der Mitwirkung am Verhöckern von Kulturgütern zu verweigern,

Eine Generationenaufgabe

Stefan Luft
über die Integration von Flüchtlingen

Mit 60 Millionen hat die Zahl der Flüchtlinge 2014 weltweit einen neuen Höhepunkt erreicht. 38 Millionen bleiben als Vertriebene innerhalb ihrer Länder. Neun von zehn Flüchtlingen leben in Entwicklungsländern.

Im vergangenen Jahr sind weltweit insgesamt 1,7 Millionen neue Anträge auf Asyl oder auf Flüchtlingsschutz gestellt worden, davon 866 000 in Industriestaaten. In Deutschland wurden 173 000 Anträge gestellt. Aus den Balkanstaaten Serbien, Albanien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien stammten dabei rund 43 000 Antragsteller. Die meisten Schutzsuchenden kommen allerdings aus Syrien,

Eritrea, Afghanistan, Somalia und dem Irak – aus Ländern, in denen Krieg herrscht oder totalitäre Herrscher ihr Unwesen treiben.

Deutschland hatte bereits im Zuge des Jugoslawienkrieges zu Beginn der 1990er-Jahre etwa 350 000 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina aufgenommen – allerdings mit der eindeutigen Perspektive der Rückkehr, die auch bis 2001 nahezu abgeschlossen war.

Darin besteht der zentrale Unterschied zur Lage heute: Ein großer Teil dieser Flüchtlinge wird mittelfristig und dauerhaft in Deutschland bleiben – weil sich keine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben in ihren Herkunftsländern abzeichnet. Die Aussichten sind meist schlecht: So wird für Afghanistan durch den gegenwärtigen Abzug der ausländischen Truppen eine weitere Verschlechterung der Menschenrechtsslage erwartet.

Die Destabilisierung weiter Teile des Nahen und Mittleren Ostens durch Stellvertreterkriege wird sich – so steht zu befürchten – eher weiter verschärfen. Allen Bemühungen um eine fairere Lastenteilung in Europa zum Trotz wird Deutschland auch in Zukunft zu jenen europäischen Staaten gehören, die die hauptsächlichste Last schultern. Für 2015 wird ein Zugang von zwischen 400 000 und 500 000 Flüchtlingen nach Deutschland prognostiziert – Zuzugszahlen in der Größenordnung einer mittleren Großstadt in einem Jahr.

Dies stellt die Städte, die Länder und den Bund vor eine Generationenaufgabe: trotz Wohnraummangels bezahlbaren Wohnraum zu schaffen; die Entstehung von Arbeitsplätzen zu fördern, die nicht auf dem Schwarzmarkt oder im Niedriglohnssektor angesiedelt sind; die Schulen in die Lage zu versetzen, Kindern und Jugendlichen gutes Rüstzeug für eine erfolg-

Handelsblatt

zur Griechenland-Krise: „Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis hat den Europäern gedroht, gegen einen möglichen Ausschluss seines Landes aus der Währungsunion zu klagen. Das ist insofern bemerkenswert, als bisher kein europäisches Regierungsmitglied einen Grexit gefordert hat. Selbstverständlich weiß auch Varoufakis um die rechtlichen Gegebenheiten und um den politischen Willen der Europäer.“

Rheinpfalz

zum Mindestlohn: „Genau ein halbes Jahr ist der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Kraft. Für eine belastbare Bewertung, wie dieser sich auf die Beschäftigung im Allgemeinen, auf Minijobs im Besonderen oder auf die Anzahl der sogenannten Aufstocker auswirkt, ist es nach sechs Monaten noch zu früh. (...) Aber natürlich hat der Mindestlohn Folgen. Einerseits wird trickreich versucht, ihn zu umgehen. Andererseits stöhnen viele Betriebe über den administrativen Ballast, den das Gesetz mit sich bringt. Beides muss im Auge behalten werden.“

Frankfurter Rundschau

zum selben Thema: „Es ist immer schön, wenn Cassandra geirrt hat. Wenn sich also Katastrophenwarnungen als gegenstandslos erweisen, wie dies beim Mindestlohn offenbar der Fall ist. Anders als von vielen Unternehmen und manchen Wirtschaftsforschungsinstituten befürchtet, ist seit der Einführung nicht die Beschäftigung gesunken, sondern die Arbeitslosigkeit.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.



Zur Person
Stefan Luft, geboren 1961, ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Themen Migration und Integration.

WESER KURIER
BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE
unabhängig und überparteilich

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN
unabhängig und überparteilich

Bremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Chefreporter Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner - Bremen:
Arno Schupp - Kultur: Iris Hetscher - Wirtschaft: Kristina Läscher
Sport: Marc Hagedorn - Regionallitung: Peter Voith
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube
Layout: Stephan Meiniking - Redaktionelle Projekte:
Stefan Dammann - Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 31,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Michael Sulenski, Leiter Vermarktung
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 69.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de
abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/328327
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de